

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.30 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Andergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 260.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 6. November 1931.

13. Jahrgang.

Nicht edel ist, wer Rechtes stets getan,
Nur der kann's sein, der auf des Lebens Bahn
Für anderer Glück auf Glück verzichten kann!

Um das „Niemandland“ im fernen Osten.

Soweit sich der politisierende Mitteleuropäer über die mandchurische Frage und den japanisch-chinesischen Konflikt Gedanken macht, liegen seine Sympathien durchaus auf der Seite Chinas, und da England, wie auch ganz besonders Amerika und sein Gegenpol, der Sowjetstaat, sehr realpolitische Interessen im fernen Osten zu vertreten haben, ist die alles andere als „splendid isolation“, in der sich der japanische Bevollmächtigte im Völkerbundrat befand, durchaus zu begreifen. Marquis Yoshizawa war in Genf zu einer fast tragischen Rolle verurteilt, denn er selbst und sein Chef in Tokio, Außenminister Shidehara, sind ausgesprochene Anhänger des Völkerbundsgedankens und das, was man hierzulande Pazifisten (?) nennt. Aber im Reich des Mikado herrscht auch in „normalen“ Zeiten eine fast unbeschränkte Militärdiktatur, gemildert durch ein konstitutionelles Kaiserium, das aber mit seinem Parlament in militärischen Angelegenheiten nichts zu sagen hat, dieweil das Kriegsministerium dem Parlament nicht verantwortlich ist. Also mußte Marquis Yoshizawa im Völkerbundrat eine Sache, die er selbst für „schwarz“ hielt, auf den Befehl des Prinzen Saionji, des allmächtigen Hauptes der noch allmächtigeren Militärkamarilla am Hofe des Mikado, „weiß“ waschen, wobei er begreiflicherweise nur mäßigen Erfolg erzielte.

Aus dieser Sachlage erklären sich ohne weiteres die Widersprüche, die sich aus den Friedensbetreibungen der japanischen Regierung und den Kriegshandlungen ihrer Generale ergeben; doch wenn vielleicht auch die Letzteren sich in den bevorstehenden Wintermonaten, deren mandchurisches Klima den Exponenten der japanischen Militärkaste wenig zuträglich zu sein pflegt, den Wünschen ihrer Regierung ein wenig anpassen, so darf man sich nicht darüber täuschen, daß auch im fernen Osten Entscheidungen heranreifen, die von unübersehbarer Tragweite für den Weltfrieden werden können.

Wie ziemlich allgemein bekannt ist, geht es im japanisch-chinesischen Konflikt um die mandchurische Frage, aber von den näheren Zusammenhängen wissen die wenigsten, und es ist in Anbetracht des nicht unwahrscheinlichen Einwandes, daß wir im alten Europa zur Zeit größere Sorgen hätten, als uns über asiatische Wirren zu unterrichten, nicht ohne Bedeutung, daß alle Kenner der östlichen Verhältnisse vom Sozialisten Vandevelde bis zu Paul Rohrbach dringend zur außenpolitischen Aufmerksamkeit diesen Dingen gegenüber raten.

Vandevelde nennt die Mandchurei, die schon seit Jahrzehnten — man denke an den russisch-japanischen Krieg — der Brandherd aller fernöstlichen Verwicklungen ist, das „Niemandland“, um das sich zwischen Russen, Japanern und Chinesen ein heftiger Kampf entzweit hat.“ Die Erklärung für diese überraschende Beziehung — uns überraschend, weil unsere Sympathien bekanntlich auf der Seite des Reiches der Mitte als des „rechtmäßigen Eigentümers“ der Mandchurei sind — macht einen kurzen Exkurs ins Historische und Bevölkerungsstatistische nötig. Die eigentlichen Herren der Mandchurei waren die Mandchu, von denen es unter insgesamt 22 Millionen Einwohnern dieses riesigen Landes schätzungsweise noch höchstens 3 Millionen gibt. Unter den verbleibenden 19 Millionen gibt es einige hunderttausend Japaner, Europäer und Russen — gelbe, weiße und „rote“ Fremde — und der ganze Rest besteht aus „Chinamen“. Die Chinesen haben also das Land in des Wortes verwegener Bedeutung „durchdrungen“, es sozusagen auf friedlichem Wege erobert, aber „Kolonisatoren“ ohne eigentlichen Rechtstitel sind auch sie.

Weit weniger unblutig sind die Spuren, die Japan im Ringen um, des, in „kontinentalasiatisches Kolonialgebiet“ hinterlassen hat. Der schon erwähnte russisch-japanische Krieg ist noch in unser aller Erinnerung, und schwerlich hätte sich das Reich der aufgehenden Sonne zur Teilnahme am Weltkrieg entschlossen, wenn es nicht auf den mandchurischen Siegespreis spekuliert hätte. Aber bei der Liquidation des Weltkrieges und hernach bei der Washingtoner Konferenz (1921) hat es den richtigen Anschluß irgendwie verpaßt und sich von den Bolschewikis die nördliche Mongolei ohne Kompensation fortzuschleppen lassen. Aus dem allen, besonders aber aus

seinen „Blutopfern“ kann nun freilich Japan keine völkerrechtlich begründeten Ansprüche auf die Mandchurei erheben, wohl aber macht es sogenannte „moralische“ Rechte auf dieselbe, die man vielleicht besser unmoralische nennen sollte, geltend, und um die Darlegung derselben hat sich jetzt Marquis Yoshizawa in Genf rechtchaffen abgequält.

Nicht unwesentlich werden übrigens diese japanischen Rechte dadurch unterstützt, daß man von Tokio aus eine ganz ungeheure und gewiß nicht unproduktive kolonialisatorische Tätigkeit in der Mandchurei entfaltet hat. Man kann es ruhig als unwahrscheinlich hinstellen, daß die 19 Millionen Chinesen, die heute das Land der Mandchus bevölkern, überhaupt würden existieren können, wenn nicht Japan durch seine Bahnbauten und durch die Erschließung von Kohlengruben und die dadurch ermöglichte Industrie die Mandchurei zu dem gemacht hätte, was sie heute ist. Man schätzt, daß heute in der Mandchurei etwa 5 Milliarden Mark japanisches Kapital angelegt sind, und es ist vom Standpunkt kapitalistischen Wirtschaftsbewusstseins aus durchaus verständlich, wenn Japan aus diesen Zahlen dieselben Rechte herleitet wie aus seinen „Blutopfern“.

Es ist durchaus möglich, daß das Reich des Mikado die finanzielle und industrielle Durchdringung der Mandchurei, die durch die von den Japanern ergebnen Koreanern betriebene Agrarfriedlung höchst wirkungsvoll unterstützt wird, nur sehr ungern auf die nicht absolut sichere Karte des Waffenglücks setzt, zumal ihm ja vor derhand doch wohl noch auf unabsehbare Zeit die innerchinesischen Wirren die faktische Ueberlegenheit über die diversen chinesischen Regierungen in Nanking, Tschita, Ninguta, Tschitschikar usw. sichern. Doch die Sphinx im europäischen Osten, der Sowjetstaat, mag es den Japanern raten lassen, die mandchurische Frage auf ihre Art zu „bereinigen“.

Ueber die Interessen der Moskauer Machthaber im fernen Osten braucht man nicht viel Worte zu verlieren: es sind die des alten imperialistischen Rußland mit seinem Drange zum stillen Ozean, und es sind die Weltrevolutionen der Bolschewikis, die in China längst ein sehr dankbares Betätigungsfeld gefunden haben. Man geht daher kaum fehl in der Annahme, daß der Vorstoß Japans in der mandchurischen Frage im letzten Grunde den Russen galt, und daran würde auch ein scheinbares derzeitiges Einvernehmen zwischen Japan und Rußland nichts ändern, denn man kann sich auch über das Fell des Bären, den man gemeinsam erlegt, in die Haare geraten.

Es könnte scheinen, als ob Europa dem ostasiatischen Konflikt mit der Aussicht auf ernsthafte russisch-japanische Verwicklungen als „tertius gaudens“ zusehen dürfe. Das würde ein verhängnisvoller Trugschluß sein, denn auch das Aufflammen der Kriegsfackel im fernen Osten müßte die Welt in Brand setzen.

Evangelische Kirche und Nationalsozialismus.

Der Artikel in Nr. 254 „Ev. Kirche und Nationalsozialismus“ war mir erschütternd als Zeugnis eines evangelischen Pfarrers.

Die N.S.D.A.P. als Freiheitspartei in allen Ehren! Gewiß, sie mußte kommen und sie hat eine Aufgabe vor der Geschichte als Aufsteiger eines geknechteten Volkes. Aber eine besondere positive Verbindung zwischen ihr und dem Christentum herstellen zu wollen, scheint doch sehr gewagt. Ob nicht der Wunsch Vater des Gedankens ist bei denen, die durchaus eine christliche Partei in ihr sehen wollen? Kennen sie denn das nationalsozialistische Schrifttum wirklich?

Sehen wir ganz ab von Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“, von dem gesagt wird, daß es nicht „parteilich“ sei. Obwohl es interessant wäre, zu untersuchen, inwieweit ein geistlicher Führer einer Bewegung sein geistiges Gut teilen kann in „privates“ und in „öffentliches“, das der Bewegung zutrifft. Ist er nicht in allem, was er geistig ist und hat, seiner Bewegung verhaftet und beeinflusst, sie bewußt oder unbewußt? Wie sehr dies der Fall ist, zeigt gerade der Fall Rosenbergs, dessen Ideen von Blut und Rasse die nationalsozialistische Partei so durchdrungen haben, daß sie weithin zur Religion des Nationalsozialismus geworden sind.

Aber bleiben wir bei Hitler selbst. Er hat sich auch in diesen Dingen weniger exponiert als die Führer des 2. Glieds, ist gemäßigter und vorsichtiger. Spricht er gelegentlich auch einmal von der „Satansbibel“, und zeugt dieser Ausdruck auch nicht gerade von Achtung vor dem

Christentum, so werden ihn seine Anhänger doch nicht tragisch genommen haben wollen, was bei dem sonst dort üblichen Sprachgebrauch nicht verwunderlich erscheint. Nach Hitlers sonstigen Äußerungen glaubt er an den Schöpfer Gott. Aber wo in seinen Schriften oder Reden finden wir etwas, das darauf schließen läßt, daß er von einem lebendigen Christus weiß, daß seine Bewegung irgendwie aus diesen Quellen gespeist wird? Gewiß, Adolf Hitler spricht davon, daß dem politischen Führer „religiöse Lehren und Einrichtungen“ seines Volkes unantastbar sein müssen. Deshalb aber gestattet er seinem Pp. Rosenberg, im Parteiverlag ein Buch herauszugeben und in der nationalsozialistischen Presse in großer Aufmachung anzupreisen, das in Tausenden von Exemplaren ins deutsche Volk geht und dort seine verheerende Wirkung tut, wenn es (um nur ein Beispiel zu nennen) davon spricht, daß die Predigt vom Lamm Gottes, das der Welt Sünde trägt, aufhören müsse? Ist es da wirklich Aufgabe evangelischer Pfarrer, in dieser Bewegung „das Reich Gottes bejahende Kräfte zu sehen?“ Wesen wir nicht ganz ähnliche Dinge in der bolschewistischen Literatur?

Der Nationalsozialismus bekämpft den Bolschewismus. Sehr gut! Aber ist es nicht ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß der Geist vom Abgrund, den wir im Bolschewismus verkörpert sehen, nur durch rohe Gewalt bekämpft werden könne? Ist es nicht in erster Linie Kampf der Geister, bei dem der Teufel nicht durch Beelzebub ausgetrieben werden kann?

Und in der Praxis? „Diese Gesandten“, „diese widerwärtigsten Gefellen“, „diese Wasserapostel“ (mit Bezug auf den Kampf gegen den Alkoholismus), „vollgefressener Bonze“, „Verbrecher“, „Mistkerl“. — Nicht irgend welche nationalsozialistische Versammlungsredner, sondern die Führer der Fraktion im Reichstag waren es, die diese Ausdrücke solchen zuriefen, die aus christlicher Gewissensverpflichtung heraus versuchen, Volk und Vaterland zu dienen im politischen Leben. Wenn sie durch höhnische Zurufe von „Amen, Amen“ einen Redner zu stören versuchen, oder am Schluß dem Redner zurufen: „So, nun könnt ihr ja wieder gemeinsam beten“, so macht das nicht den Eindruck, als ob sie auf viel „christliche Belastung“ in ihren eigenen Reihen Rücksicht zu nehmen brauchten.

Gewiß hat der Schreiber des Aufsatzes in Nr. 254 recht, wenn er von der evangelischen Kirche fordert, daß sie sich aller ihrer Kinder, auch der Irregelmäßigkeiten, mit gleicher Liebe annehme. Aber unverständlich ist es, wenn evangelische Pfarrer, denen das Erbe eines Martin Luther anvertraut ist, sich mit solcher Wärme, ja Leidenschaft für eine Partei einsetzen, deren Stellung zum Christentum eine immerhin sehr fragwürdige ist.

Frau S. Sempfenhöfer, Korntal b. Stuttgart.

Nationale Verantwortung.

Von Dr. Hepp, stellv. Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen-Ost der Deutschnat. Volkspartei.

Vor mir liegen die beiden Aufwärts-Nummern vom 22. und 28. 10. 31 mit den Artikeln von W. B. und von D. Mumm „Reichskanzler Brüning am Scheidewege“ und „Mit gutem Gewissen.“ Sie haben ein gemeinsames Charakteristikum. Einige Zitate daraus mögen es erweisen. Herr W. B. fragt, wie es möglich sei, daß in einer Zeit größter Not man sich nicht zusammenfinden könne zu gemeinsamer Abwehr und gemeinsamem Wiederaufbau, und er antwortet: „Die Antwort kann nur lauten, daß in den letzten Wochen die Verfechtung materieller Interessen und wirtschaftlicher Machtfragen derart in den Vordergrund getreten sind, daß eine Verständigung fast unmöglich erscheint.“ Weiter heißt es dort: „Es ist unverständlich, daß die Nationalsozialisten einer Front angehören, die nicht nur sozialreaktionär ist, sondern eine Schutztruppe der Bank- und Börsenfürsten darstellt.“ Und ferner: „Ist es nicht manchmal so, daß die nationale Gesinnung vorgehoben wird, um den materiellen Interessentkampf dahinter verbergen zu können?“ Herr D. Mumm stellt die Frage, ob man den Männern der nationalen Opposition die Regierung habe anvertrauen können, und sagt dazu verneinend: „Da sollte man Vertrauen haben und die ganze Macht in die Hand dieser Männer legen, die nur in der Negation einiger sind?“ Er sagt sogar noch weiter: „Sind die Rechtsradikalen denn die Männer, denen man mit vollem Vertrauen die Geschicke des Vaterlandes anvertrauen kann? Ich kenne sie aus der Nähe. Und wer sie nicht kennt: Kann jemand billigen, daß die Rechtsradikalen sich im 16. Ausschuß jeder Mitarbeit zugunsten der Kriegsgeschäftigen enthalten? Kann man es billigen, daß die Rechts-

411

Stadt-Bibliothek

8-639

radikalen den Reichstag verlassen, unmittelbar bevor es einen Angriff der Kommunisten auf den Panzerkreuzer B zu verhindern galt?

Was ist das gemeinsame? Man verdächtigt, womit man nicht einverstanden ist. Man unterschreibt eigensüchtige Motive für Handlungen und Stellungnahmen, die man nicht billigt. Man vergreift sich an der persönlichen Ehre der Führer auf der rechten Seite. Das verächtliche: „Ich kenne sie aus der Nähe“ ist für solche Kampfesweise typisch. Man könnte geneigt sein, mit dem Alten Fritz zu sagen: „Niedriger hängen!“ Aber das Kapitel ist zu traurig, als daß man darüber so ohne weiteres hinweggehen könnte, zumal wenn Herr D. Mumm sich auf sein „gutes deutsches“ und auf sein „gutes evangelisches“ Gewissen beruft.

Ich gedenke aber nicht in der gleichen Weise zu antworten. Nur einige sachliche Erwägungen seien mir erlaubt. Zunächst zu dem Artikel von W.B. Der Schreiber ist offensichtlich Gewerkschaftler und vertritt als solcher mit aller Schärfe den Gedanken der Unantastbarkeit des Tarifrechts. Er dient seiner Sache aber schlecht, wenn er 1. diesen Gedanken zum Angelpunkt für die Stellungnahme zu den großen politischen Tagesfragen macht, und wenn er 2. alle, die seinen Gewerkschaftsstandpunkt nicht teilen, mit Schlagworten wie „sozialreaktionär“, „Schutztruppe der Bank- und Börsenfürsten“ usw. abtun zu können glaubt. Die Frage dürfte heute wohl berechtigt sein, wer sozialreaktionär ist, und wer sich zur Schutztruppe eines internationalen Kapitalismus gemacht hat? Nach unserer Auffassung ist der wertvolle soziale Gedanke heute sozialistisch verfälscht. Der marxistische Organisationsapparat ist immer mehr zum Gefängnis des deutschen Arbeiters geworden. Durch eine heillose Überspannung des Versorgungsgedankens ist die deutsche Wirtschaft in allen ihren Zweigen heute derart belastet, daß ihr der Atem ausgeht und der deutsche Arbeiter auf die Straße geworfen wird. Gibt es heute aber eine dringlichere und wichtigere soziale Aufgabe, als dafür zu sorgen, daß einer möglichst großen Zahl von Arbeitern und Angestellten die Arbeitsmöglichkeit erhalten bleibt? Oder ist es wichtiger, an starren Systemen festzuhalten und dadurch die Zahl der im Produktionsprozeß noch Tätigen immer mehr einzuengen und immer mehr zu belasten? Niemand anders ist heute sozialreaktionär, als wer der deutschen Wirtschaft die Existenzmöglichkeit immer mehr einengt und durch eine untragbare Belastung ihren Zusammenbruch heraufbeschwört.

Aber noch ein weiteres: Sozialreaktionär ist auch, wer die Tribut- und Anleihepolitik bei uns betriebe oder unterstützt hat. Sozialpolitik neben Erfüllungspolitik ist eine Lüge. Der deutsche Arbeiter bezahlt die von uns Deutschnationalen leidenschaftlich bekämpfte Erfüllungspolitik mit Arbeitslosigkeit, Not und Hunger! Eine der wesentlichsten Ursachen unserer Arbeitslosigkeit liegt auch in der von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften gewünschten, mit der Tributpolitik aufs engste zusammenhängenden Kapitaleinfuhrpolitik, die uns zu Sklaven eines internationalen Börsen-Kapitalismus gemacht hat. Kapitaleinfuhr heißt Wareneinfuhr. Gesteigerte Wareneinfuhr heißt in einer Lage wie der unserer Arbeitslosigkeit.

Unter allen diesen Gesichtspunkten können wir Deutschnationalen unter Eugenbergs Führung „mit gutem deutschen Gewissen“ die uns von Herrn W. B. gemachten Vorwürfe zurückweisen. Sie treffen uns nicht. Söher als Gewerkschaftsprinzipien steht uns die Wohlfahrt des deutschen Arbeiters. Sie ist ein Teil des großen nationalen Befreiungsprogrammes unseres Führers.

Ein paar besondere Worte auch noch zu dem Artikel des Herrn W.B. D. Mumm! Neben seinem: „Ich kenne sie“ weist Herr D. Mumm für die, „die die Rechtsradikalen nicht kennen“, auf deren Fehlen im Ausschuß für die

Kriegsbeschädigten und bei der Abstimmung über den kommunistischen Angriff auf den Panzerkreuzer B hin. Ist das ganz ehrlich? Weiß Herr D. Mumm nicht, daß es sich bei dem kommunistisch-sozialistischen Antrag betreffend Panzerkreuzer B um einen reinen Propagandaantrag handelte, und daß der „Entschleunigung“ keinerlei bindende Wirkung für die Regierung zukommt? Weiß er nichts von einer „grundsätzlichen Opposition“, die um der höheren strategischen Ziele willen unter Umständen selbst dann darauf verzichten muß, die gegnerischen Gruppen zu unterstützen, wenn es sich um Erreichung an sich erwünschter Teilerfolge handelt?

Doch nun zur Hauptsache! Herr W. B. und Herr D. Mumm sind sich einig darin, daß Herr Brüning gegen die anstürmende nationale Opposition gestützt werden mußte. „Um einer Katastrophenpolitik vorzubeugen“, sagt D. Mumm, und um der „großen bahnbefreienden Arbeit“ des Herrn Brüning willen, von der zu hoffen ist, daß sich bis zum Frühjahr Erfolge zeigen, die dem Volke erkennbar werden und nicht nur Eingeweihten bekannt sind“, sagt Herr W. B. Die letztere Wendung ist so schön, daß man gerne zu den Eingeweihten gehören möchte. Wir schlichten Leute der Opposition müssen uns aber einfallen lassen an das „erkennbar gewordene“ halten. Welchen großen Plan verkündigte Herr Brüning, als er sich bei Übernahme der Regierungsgeschäfte betonte auf den Boden des Youngplans stellte? Er wollte den Tributplan „ehrlich“ und „total“ erfüllen, d. h. er wollte öffentliche Wirtschaft und Privatwirtschaft, Reich, Länder und Kommunen so droffeln und drücken, daß die Erfüllungspolitik vor der ganzen Welt unmöglich gemacht würde. Dabei sollte das Volk innenpolitisch „sanitiert“ und außenpolitisch auf dem Wege der Revision zur Freiheit geführt werden. Klar blickende Politiker wie Eugenberg erkannten sofort, daß Fernziel und Nahziel bei diesem Plan in unlöslichen Widerspruch treten mußten, und daß die Verfolgung dieses Planes zur Katastrophe treiben mußte. Und so kam es. Die Finanzlage von Reich, Ländern und Kommunen war noch nie so furchtbar wie heute. Einem gesunden Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sind wir ferner denn je. Im Haushaltswesen der letzteren herrscht infolge eines ungeordneten Zentralismus ein unbeschreibliches Chaos. Die deutsche Wirtschaft ist in einen heillosen Zustand versunken. Die Landwirtschaft ist erledigt, trotz Dithilfe! Die Industriewirtschaft wurde nicht angekerbelt. Sie befindet sich gerade durch die Brüning-Politik in einem tödlich wirkenden Schrumpfungszustand. Das deutsche Bankensystem ist ins Nichts gekommen. Der Mittelstand ist in völliger Auflösung begriffen. Das Arbeitslosenheer wächst von Tag zu Tag. Mit einem Wort: jene „loyale“ Erfüllungspolitik Brünings, die im Fernziel glückbringende Revision der Versklavungsverträge und im Nahziel „innere Sanierung“ bringen sollte, hat nach mehr als 1½ Jahren trotz einer durch einen akuten Bankenkrisis bewirkten Tributstundungsaktion nur ein Ergebnis gezeitigt: Die totale Verelendungskrise unserer Wirtschaft und unseres Volkes!

Bei der Entscheidung über das Verbleiben des Kabinetts Brüning galt es also nicht, einer Katastrophenpolitik vorzubeugen, wie Herr D. Mumm es sieht, sondern einer Katastrophenpolitik ein Ende zu machen.

Trotzdem hat der Ex. Volksdienst Herr Brüning sein Vertrauen ausgesprochen und damit die Zentrumsdiktatur im Reich aufs neue gestützt. Er hat sich vorher einige Versprechungen geben lassen, wegen größerer Wahrung evangelischer Belange, weil er wohl die Belastung empfand, die ein so entschiedenes Eintreten für das im Reich und in Preußen unumschränkt herrschende, sozialistisch gebundene Zentrum im Lande für ihn mit sich bringen mußte. Kann man aber überhaupt von „Vertrauen“ sprechen, wenn man nur gegen die Anerken-

nung schriftlich formulierter Bedingungen auf sein Mißtrauen verzichtet? Kann mit solchem „Vertrauen“ ein Reichskanzler das Volk führen und aus dem Elend befreien? Sind dazu nicht ganz andere seelische und moralische Voraussetzungen unerlässlich?

Diese Frage aufzuwerfen, heißt den Finger legen auf den großen, tief schmerzlichen Mangel in der Haltung des Ex. Volksdienstes, wie er sich auch in den Artikeln der Herren W. B. und D. Mumm offenbart. Sie sind blind für das große nationale Erleben, das das Wort „Hartzburg“ umschließt. Beide sehen sie dort nur das Gegenfällige bei den in der nationalen Opposition vereinigten Gruppen und Parteien und erkennen nur eine Einigkeit in der Verneinung. Für die Größe und elementare Gewalt der nationalen Bewegung haben sie keinen Blick.

Niemand bestreitet, daß innerhalb der nationalen Front auf manchen Gebieten verschiedene Auffassungen herrschen. Aber was bedeuten diese Unterschiede gegenüber dem großen, alles beherrschenden nationalen Willen, das die Herzen aller nationalen Kämpfer, ob sie nun hinter Eugenberg, hinter Hitler oder hinter Selbste stehen, mit leidenschaftlicher Glut erfüllt! Aus solchem Willen ergibt sich die gemeinsame Absage an ein pazifistisch-verseuchtes, international eingestelltes Denken und Handeln und damit zugleich die Kampfanfrage an einen marxistischen Sozialismus, der sich heute in Deutschland eingefressen hat, und der die Vorfrucht des Bolschewismus ist. Daraus ergeben sich klare Ziele und feste Wege für eine deutsche Außenpolitik, die mit den bisher angewandten Methoden der Untwürdigkeit, wie sie sich in den verführerischen Formen sogenannter internationaler Verständigung und Völkerverständigung uns darbieten und immer noch darbieten, aufräumt und Anerkennung der Gleichberechtigung der Völker nicht nur in schönen Reden der Diplomaten, sondern in den Auswirkungen einer solchen Politik Deutschland gegenüber fordert. Daraus folgt weiter die endliche offene Abschüttelung der Kriegsschuldfrage, die noch immer verhängend auf uns lastet und uns zu entmannten Parias der Welt macht. Vor allem aber folgt daraus das verbindende stolze Gefühl für den Gleichklang des Blutes und der völkischen Verbundenheit, in die uns Gott gestellt hat, und deren bewußtes Empfinden auf dem Untergrunde unserer christlichen Weltanschauung uns den starken Glauben gibt an seinen sozialen Ausgleich, der nur die Gleichberechtigung aller nationalen Deutschen kennt.

Soll ich noch weiter sagen von dem was uns eint, von dem, was uns stark und fähig macht, Deutschlands Geschick in nationale Hände zu nehmen? Es dürfte nicht erforderlich sein. Wir werden unseren Weg als Deutschnationale unter der staatsmännischen Führung des Mannes, der an Klarheit des Blickes und Geradheit des Willens turmhoch hinausragt über alle die republikanischen Größen des Deutschlands der Nachkriegszeit, weiter gehen, sicher und gewiß, im Bewußtsein unserer nationalen Verantwortung.

Der Weg des Zentrums.

Am heutigen Donnerstag tagt in Berlin der Reichsausschuß des Zentrums. In politischen Kreisen verfolgt man die Beratungen angesichts der letzten Erörterungen über das Verhältnis zwischen Nationalsozialisten und Zentrum mit erheblichem Interesse. Die „Germania“ schreibt zu der Zentrumstagung, der Reichsausschuß habe die doppelte Aufgabe: festzustellen, daß sich an dem geraden Kurse des Zentrums nichts geändert habe und nichts ändern werde, und daß der Kanzler das volle Vertrauen seiner Partei genießt. Auch in der Innenpolitik lehne das Zentrum eine Politik des Experimentierens ab. Abg. Heß, der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, veröffentlicht eine Erklärung, nach der die NSDAP für das Zentrum als Koalitionspartner nicht in Frage kommen könne.

Der Wandel des physikalischen Weltbildes.

Von Professor D. Dr. E. Dennert, Godesberg.

In dem hinter uns liegenden Menschenalter und schon vor ihm war die Physik und Chemie beherrscht von der Mechanik. Deren Gesetze suchte man in der gesamten Welt des Stoffes hinab zum Atom, das als da letzte, nicht mehr teilbare Element der Materie galt. Das Weltbild, das man auf diese Weise erhielt, war, kurz gesagt, das mechanistische, das sich letzten Endes auf mechanische Bewegung aufbaute. Dasselbe führte nicht etwa zwangsläufig zur materialistischen Weltanschauung; wie denn auch seine Begründer nicht etwa ausgesprochene Materialisten waren. Aber es läßt sich doch nicht leugnen, daß das wissenschaftlich-mechanistische Weltbild die photographische mechanistisch-materialistische Weltanschauung nahelegte. Weshalb sollte aber Gott nicht seine Welt rein auf Bewegung aufgebaut haben? Dabei blieb wahrlich Raum genug für die überragende Welt des Geistes.

Nun ist aber heute überraschend schnell auf dem Gebiete der Physik eine gewaltige Aenderung eingetreten, die auch einen grundsätzlichen Wandel des Weltbildes zur Folge gehabt hat. Dies legt u. a. Prof. Dr. P. Gruner in der Festschrift zu meinem 70. Geburtstag (M. Klein, Leipzig 1931, S. 38 ff.) dar. Der Wandel geschah durch Einsteins Relativitätstheorie und Plancks Quantenlehre. Jene hat nicht, wie viele meinen, die ganze Welt in einen sinnlosen Relativismus aufgelöst, sondern die Grundgesetze der Physik in wunderbare Einheit gebracht, indem sie „Masse“ und „Energie“ gleichwertig macht und den mathematischen Charakter der Gravitation enthüllt. Dadurch wird die ganze Welt auf eine mathematische Form gebracht, abgesehen von Raum und Zeit. Noch bedeutsamer ist der Einfluß der Quantentheorie (mit „Quanten“ bezeichnet man kleinste Energiemengen, wie Atome kleinste Stoffmengen sind) auf das physikalische Weltbild. Wir wissen noch ihr, daß wir die gewöhnlichen Gesetze der Physik nicht ohne weiteres auf Atome und Elektronen übertragen können, vor allem gelten für letztere die

Grundgesetze der Mechanik nicht mehr, sondern eine neue Mechanik, die Quantenmechanik, ist nötig. Damit ist das frühere mechanistische Weltbild aber erledigt. Ja, wir sind heute gezwungen, Raum, Zeit und selbst Kausalität (Ursächlichkeit) aus unserem Weltbild zu entfernen.

Man überlege einmal, was dies alles für unsere Weltanschauung zu bedeuten hat, die sich doch mit auf das von der Naturwissenschaft gebotene Weltbild aufbauen muß. In der Zeit vor dem Weltkrieg schien es erlaubt, an eine Welt zu glauben, die rein mechanisch ablief, fest in Raum und Zeit gebannt. Das wurde zur Grundlage des materialistischen Monismus, der Weltanschauung derer um Haeckel. Es war freilich ein Fehlschluß, wie ich immer wieder betont habe, aus jenem mechanischen Weltbild der früheren Physik zu schließen, daß die Welt „von selbst“ entstanden sei und daß ihr Geschehen in sich selbst ablaufe. Aber der Materialismus schien doch immerhin einen Schein von naturwissenschaftlichem Recht zu haben, und von diesem ließen sich damals viele betören. Mit dem neuen physikalischen Weltbild ist nun dieser letzte Schein gründlich zerstört. Sind die letzten Grundlagen der Welt mathematisch geformt und damit frei von Raum und Zeit, so sind sie geistig, die Materie ist unter unseren Händen als solche zerfloßen. Und die weltanschauliche Konsequenz? Der große englische Physiker Jeans hat sie offen gezogen: Die Welt muß das Werk Gottes als des größten Mathematikers sein. Haeckels Monismus gehört der Geschichte an. — Und dann noch das andere: Die Kausalität ist für den Naturforscher auf seinem Gebiet nicht mehr unbedingt feststehend. Diese Voraussetzung aber ist die Grundlage des Determinismus, d. h. der Ansicht von der Unfreiheit des Willens. Wir haben also heute das Recht, an seine Freiheit zu glauben.

Fügen wir nun noch hinzu, daß sich in der Biologie mehr und mehr der Vitalismus, also die Lehre von der Eigenart des Lebens und unter dem Einfluß der „Parapsychologie“ (des wissenschaftlichen Okkultismus) siegreich die Ansicht von der besonderen Wesenheit des Ge-

istes durchsetzt, — so stehen wir heute vor einer gänzlich veränderten Gesamtlage der Weltanschauung, die ich mit Genugtuung beobachte; denn sie gibt mir recht, wenn ich im Kampf mit dem haeckelschen Monismus das Recht einer idealistisch-spiritistischen, kurz gesagt, der christlichen Weltanschauung verteidigte. Letztere hat heute auf der ganzen Linie gestiegt.

Berthold Otto, Moral und Wirtschaft.

Verlag des Hauslehrers, Berlin-Lichterfelde, 192 8 Preis 1,50 Mark.

Diese neue Schrift des bekannten Wirtschaftslehrers legt noch einmal die furchtbare Not dar, in die uns ein obsolet gewordenes Wirtschaftssystem gebracht hat, und zugleich das beweiskräftige Programm zur Abhilfe. Das Buch hat durchaus keinen nur theoretischen Charakter, bedeutet vielmehr den ernstlichen Versuch, die sogenannte Nationalökonomie national und ökonomisch zu machen. Das ist nicht möglich ohne Moralität, und deshalb werden Ethik und Wirtschaftslehre hier durch praktische Vorschläge einer moralisch begründeten Wirtschaftsordnung verflochten. Berthold Otto steht dabei über den Parteien, indem er volkswirtschaftlich denkt und nicht bereit ist, irgendeine Schicht des Volkes zugunsten einer andern verlor und gemein zu nennen.

Die Schrift zeigt, daß das auf Gold gegründete Geldsystem im deutschen Volkshörper und in der ganzen Menschheit eine Vergiftung hervorgerufen hat. Das Geld wird als das stärkste aller Rauschgifte bezeichnet, dem es schließlich gelingen muß, die Menschheit untergehen zu lassen, weil der nackte Geldgott schon die Zeugung und Aufzucht von Kindern als unwirtschaftlich ansieht. Dabei gewährt das gegenwärtige System durchaus keine Sicherheit des Eigentums, das in Wahrheit lediglich Ware ist und als solche der Zwangsvollstreckung unterliegt. Die sogenannte freie Wirtschaft der Freihandelslehre erweist sich als „Zwangsvollstreckungswirtschaft“.

Rabinett prüft Hoesch-Bericht.

Zurückstellung der Stillhaltefrage bis zur Tributkonferenz?

— Berlin, 5. November.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers versammelten sich die Mitglieder des Reichskabinetts, um zu der Aussprache des Berichts von Hoesch mit dem französischen Ministerpräsidenten Stellung zu nehmen. Die Grundlage der Beratungen bildete ein Bericht des Botschafters von Hoesch, der nach allem, was man darüber hört, äußerst umfangreich ist.

Von französischer Seite liegt eine Mitteilung vor, nach der Ministerpräsident Laval dem deutschen Botschafter Aufschluß gegeben hat über seine Besprechungen mit Hoover, die der „Ablösung des gegenwärtig auf Grund des Hoover-Beschlusses vom Juni laufenden Moratoriums durch das normale Youngplanregime“ zum Gegenstand gehabt hätten. Ueber die weitere Entwicklung glaubt die Havas-Agentur folgende Voraussetzungen machen zu können:

„Man hat Grund zu der Annahme, daß binnen kurzem der beratende Sonderausschuß regelrecht einberufen und den Auftrag erhalten wird, sich noch vor Jahresende über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu äußern. Die an den Reparationszahlungen hauptsächlich interessierten Regierungen werden alsdann im Verlauf einer internationalen Konferenz mit der deutschen Regierung eine Regelung zu treffen haben. Ihr Bestreben wird dahin gehen, diese Regelung noch vor dem 1. Februar 1932 zu erzielen, damit, wenn möglich, gleichzeitig auch die Frage der namenshaft von den Vereinigten Staaten und England Deutschland bewilligten kurzfristigen Kredite geregelt werden kann. Die heutige deutsch-französische Aussprache wird also der Ausgangspunkt einer Periode großer diplomatischer Aktivität in Europa sein.“

Diese Darstellung gibt selbstverständlich die französische Auffassung wieder, und der steht die deutsche schroff gegenüber. Wie man hört, hat sich nämlich in der mehrstündigen Aussprache des Botschafters mit dem französischen Ministerpräsidenten der tatsächliche Gegensatz der Regierungen Deutschlands und Frankreichs klar herauskristallisiert. Dieser Gegensatz läßt sich am kürzesten auf die Formel bringen, daß Laval zunächst die reparationspolitische Seite des ganzen Problems behandelt sehen will, damit der Youngplan mit dem Ablauf des Jahres wieder in Funktion tritt. Dabei sind die Franzosen offenbar durchaus bereit, zum mindesten vorübergehend einige Nachlässe zu gewähren. Sie scheinen sich auch in der technischen Entwicklung einer solchen Regelung gewissen deutschen Wünschen anpassen zu wollen, zum Beispiel in der Einberufung einer Reparationskonferenz.

Aber das wesentliche ist doch, daß sie den Youngplan wieder in Gang bringen wollen, der seine Unmöglichkeit nicht nur nach unseren, sondern auch nach dem Urteil der besten Sachverständigen der ganzen Welt erwiesen hat.

Der deutsche Standpunkt geht von der klaren Erkenntnis aus, der sich prinzipiell auch der französische Finanzminister in der letzten Unterhaltung nicht verschließen konnte, daß die kurzfristige Verschuldung Deutschlands eine Situation geschaffen hat, die zunächst eine Bereinigung verlangt, ehe man die Möglichkeiten der Reparationszahlungen überhaupt in Betracht ziehen kann.

Das heißt also, daß die Reichsregierung zunächst die privaten Schulden konsolidieren will, damit sie an das große Reparationsproblem von einer gesünderen Basis aus herangehen kann. Das widerspricht dem, was die französische Regierung will. Sie nimmt für die Reparationen die unbedingte Priorität in Anspruch. Daß dieser Gegensatz nun scharf herausgearbeitet ist, scheint im Augenblick das einzige Ergebnis der Pariser Unterredung zu sein.

Die Gesamtverschuldung der einzige Ausgangspunkt.

Was nun die Frage der Einberufung des WZ-Ausschusses betrifft, dessen sieben Mitglieder von den Präsi-

den der Heiligkeit des Eigentums kann nicht gesprochen werden, da alles käuflich und verkäuflich ist.

Deshalb stabilisiert Otto ein wirklich so zu nennendes Eigentum durch die Unveräußerlichmachung des Grund und Bodens, der Eigentum der Gesamtwirtschaft bleibt, aber den geeigneten Deutschen zu Lehen gegeben wird, das sie im Dienst am Volk zu bearbeiten und zu verwalten haben.

Vom Grundbuch und Ständesamtsregister aus wird die Buchführung der Volkswirtschaft eingerichtet, die nach Abschaffung des goldbasierten Geldes eine Arbeitswährung einführt und als Großproduzent und Großkonsument mit Hilfe der Anspruchsrechnung jeden Volksgenossen an einem menschenwürdigen Dasein teilnehmen läßt. Die Arbeitsmark ist die einzige wirklich stabile Währungseinheit. Hier ist der Ausweg aus dem Reparationsproblem, das die ganze Welt mit Krisen erfüllt und endlich zum Untergang führen muß. Die Wirtschaft geht dabei nicht von der Produktion aus, die nach Absatz suchen muß, oft ohne ihn zu finden, sondern vom Bedarf und dessen Feststellung. Dann muß die Paradoxie des Verhungerns bei vollen Scheunen ebenso verschwinden wie die Vernichtung angeblich überproduzierter Waren, während doch Millionen Volksgenossen das allernötigste fehlt.

Die Wiederherstellung des deutschen Volkes und danach der Menschheit ist nur auf dieser Basis möglich, und Verthold Ottos Umgestaltung der Wirtschaft bedeutet zwar die allergrößte Revolution, aber eine Revolution, die ganz positiv gerichtet ist und am wenigsten Erschütterung fordert, indem sie auf blutige Gewalt und neidgeborene Entgegnungen von vornherein verzichtet. Erst dann, wenn Ottos Vorschläge durchgeführt sind, wird von einer vernünftigen Volkswirtschaft, die logischerweise jeder Art von Weltwirtschaft vorangehen muß, die Rede sein können.

In dem vorliegenden Buch ist jedem eine billige Gelegenheit gegeben, sich in ganz volkstümlicher Weise über eine Sache belehren zu lassen, mit der sich heute ein denkender Mensch beschäftigen muß. D. A.

ten der beteiligten Notenbanken zu ernennen wären, so ist der deutsche Standpunkt bekannt. Man verspricht sich nicht viel Neues von der Wiederberatung von Dingen, die durch viele Sachverständigenkomitees geklärt wurden.

Trifft aber der Ausschuß zusammen, so darf sein Aufgabengebiet nicht eingeengt werden. Er muß die deutsche Zahlungsfähigkeit in jeder Beziehung prüfen, er muß die gesamte innere und Auslandsverschuldung Deutschlands in Betracht ziehen können, also auch die der Wirtschaft und der öffentlichen Hand gewährten kurz- und langfristigen Kredite, denn nur dann wird er sich ein wirkliches Bild von der Finanzlage Deutschlands machen können. Eine Trennung der einen Frage von der anderen, ist nicht möglich. Nur wenn die wirkliche Größe der Gesamtverschuldung Deutschlands feststeht, kann man ermitteln, was Deutschland zahlen kann.

Umstellung der Osthilfe.

Zahlungsausschuß für die Landwirtschaft? — Auch die bäuerlichen Betriebe bedroht.

— Berlin, 5. November.

Wie verlautet, wurde im Verlaufe der letzten Besprechung des Reichskanzlers mit dem preussischen Ministerpräsidenten vollkommene Übereinstimmung darüber erzielt, daß die Führung der Osthilfe in Zukunft ausschließlich dem Reich zusteht und daß, wenn der neue Ostkommissar, Reichstagsabgeordneter Schlang-Schöningen, sein Amt antritt, die Voraussetzungen für die Anpassung der Osthilfe an die veränderten Verhältnisse gegeben sein müssen.

Als erste Voraussetzung der Osthilfe gilt, daß die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft durch diese Hilfe wieder gewährleistet wird. Die Beschaffung der dazu notwendigen Mittel ist jedoch wesentlich schwieriger, die Herbeibringung von Auslandsanleihen und das Ausbringen von Inlandsanleihen, an die man ursprünglich dachte, so gut wie unmöglich geworden.

Was nun nach den veränderten Verhältnissen, zu denen der Sturz der Grund- und Bodenpreise wesentlich beigetragen hat, geschehen soll, darüber gibt es bei den zuständigen Stellen noch Meinungsverschiedenheiten. Den Weg der Auffangorganisationen für zugrundegegangene Betriebe und der großzügigen Siedlung glaubt man aus Geldmangel nicht mehr beschreiten zu können, weil damit ein großer Finanzbedarf entstehen würde, der einfach nicht gedeckt werden könne. Die Hoffnung auf große Siedlungen sei nicht erfüllbar, selbst die primitivste Form der Siedlung würde am Geldmangel scheitern.

Dazu kommt, daß die Rentabilität der Kleinbetriebe, die man bisher sicher einschätzte als die der Großbetriebe, sehr gesunken ist. Schon die bestehenden Kleinbetriebe sind durch das große Absinken der Vieh- und Fleischpreise in ihrer Existenzmöglichkeit zumindest eingeengt worden. In der letzten Zeit wurden erschreckend viele bäuerliche Kleinbetriebe notleidend. Wenn man das Siedlungsbedürfnis erfüllen will, — denn daß trotz aller Schwierigkeiten gesiebelt werden muß, darüber sind sich die maßgebenden Stellen trotz aller noch vorhandenen Gegensätze einig, — so wäre die billigste Form die der Anliegersiedlung. Der gezielte Kapitalwert muß in einer Verengung der Betriebsgröße seinen Ausdruck finden. Auf diese Anliegersiedlung will sich die Osthilfe jetzt einstellen.

Weiter macht man sich Gedanken darüber, wie man stärker als bisher für die ersten Hypotheken sorgen kann. Bei dem Abgleiten der Bodenpreise können auch die ersten Hypotheken, die bisher absolut sicher waren, ins Wanken kommen, und vielfach wird es unausbleiblich sein, daß die Hypothekengläubiger von ihren Hypotheken etwas abschreiben. Zu diesem Problem gehört auch das der Zinsverbilligung.

Die Frage der generellen Zinsenkung ist ein Hauptproblem der Osthilfe. Man nimmt an, daß der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung hier einen Weg weisen wird. Jedenfalls gilt das jetzige Zinsniveau als überhöht.

In einigen Kreisen wird ein Moratorium oder ein Stillhalteabkommen für die Landwirtschaft gefordert. In vielen Gebieten Deutschlands haben die landwirtschaftlichen Betriebe nicht soviel Kapital, um den nächsten Erntebetrieb durchzuführen. Diese Forderung, dafür zu sorgen, daß die nächste Ernte gesichert wird, verdient durchaus Beachtung. Irgendwelche Entschuldigungen darüber, wie eine Art Stillhaltung für die der Landwirtschaft gewährten Kredite ermöglicht werden kann, sind jedoch noch nicht gefallen.

Ueber die der Osthilfe zur Verfügung stehenden Mittel erfahren wir, daß für die Zwecke der

Umstellung

im laufenden Etatsjahr aus der Industrieaufbringungsumlage fünfzig Millionen Mark und von der Rentenbank ebenfalls 50 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Da im Reichsetat selbst für die Umstellung keine Mittel angelegt sind, stehen also aus laufenden Mitteln insgesamt 100 Millionen Mark zur Verfügung. Um der gegenwärtigen angespannten Lage gerecht zu werden, ist beabsichtigt, für das nächste Jahr die aus der Industrieaufbringung und Rentenbank vorgelegenen 90 Millionen Mark zum Teil vorfinanzieren zu lassen, so daß mit insgesamt 150 Millionen Mark zu rechnen ist. Die Umstellung soll aber nur zu einem Viertel in bar und zu dreiviertel in Papieren erfolgen. Für die übrigen Zwecke der Osthilfe stehen im laufenden Etatsjahr ebenfalls rund 100 Millionen zur Verfügung. Davon ist ein wesentlicher Teil als Vorgriffe und ein Teil als Hypotheken bereits verausgabt. Für den Rest des laufenden Jahres bleiben noch 15 Millionen Mark verfügbar. 20 Millionen Mark sollen als Reserve für das nächste Etatsjahr zurückgestellt werden.

Von den erledigten Anträgen auf Entschuldung betreffen 95 Prozent kleinere Betriebe unter 40 Morgen.

Oldenburgs neues Rabinett.

Der Landtag wird am heutigen Donnerstag über die nationalsozialistischen Vorschläge für die Neubildung der Regierung abstimmen. Die Kandidatenliste lautet: Ministerpräsident: Rechtsanwalt Böhm (Nationalsozialist), Minister: Oberlehrer Heering (Nationalsozialist) und Rechtsanwalt Hölke (Deutschnational).

Sozialpolitik und Krise.

Die Möglichkeiten einer Reform der Sozialversicherung.

Von

Der Franz Wischer-Hamburg.

Der Streit um die deutsche Sozialversicherung erklärt sich aus der Schwierigkeit, die Kluft zwischen dem Büchsenwerten und dem Möglichen zu überbrücken. Je ungünstiger die Wirtschaftslage ist, um so drückender werden die Kosten der Sozialversicherung empfunden. Die Leistungen laufen auch in schlechten Zeiten weiter, ja, teilweise sind die Ansprüche noch höher.

Der Aufwand aus Beiträgen und Umlagen betrug für die gesamte deutsche Sozialversicherung im Jahre 1913 rund 1,4 Milliarden Mark und stieg von 1924 bis 1930 ständig von rund 2 auf 6 Milliarden Mark. Hierin stecken allerdings fast 1,3 Milliarden Mark für die Arbeitslosenversicherung, die es 1913 noch nicht gab. Bei dieser Kostensteigerung ist jede Ueberlegung, ob nicht an dem großen Bau der Sozialversicherung gespart werden kann, nicht nur berechtigt, sondern geradezu Pflicht. Die Reichsregierung hat in verschiedenen Verlautbarungen angekündigt, daß im kommenden Winter größere Reformen notwendig werden. Die finanzielle Lage der Knappschafts- und Invalidenversicherung, aber auch der Arbeitslosenversicherung, machen ein Eingreifen notwendig! Nur ist eine Zeit wie die unsere nicht geeignet, gewagte und wahrscheinlich überreife Experimente vorzunehmen. Jede sich nach den verschiedensten Seiten auswirkende Aenderung bedarf sorgfältiger Ueberlegung. Wohin eine nicht bis ins einzelne durchdachte Reform führen kann, dafür liefern die Erfahrungen der Jahre seit der Inflation manches lehrreiche Beispiel.

Die in der Öffentlichkeit erörterten Reformpläne wollen entweder die Grundzüge der Sozialversicherung überhaupt beilegen oder die äußere und innere Organisation ändern oder Leistungen umgestalten und abbauen. Wir haben heute rund 7500 Krankenkassen (Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts-, Erschaffens), 29 Landesversicherungsanstalten und 6 Sonderanstalten als Träger der Invalidenversicherung, rund 650 Träger der Unfallversicherung, neben einer Reichsanstalt für Angestelltenversicherung 10 Erschaffens, eine Knappschaft mit 16 Bezirksknappschaften und eine Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit 13 Landesarbeitsämtern und 360 Arbeitsämtern. In diesen über 8000 Versicherungsträgern ist die Zahl der Versicherten gegenüber der Vorkriegszeit ständig gestiegen. Das erklärt sich aus dem Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger innerhalb der Bevölkerung, der in der Nachkriegszeit größer wurde. Auch die Bestimmungen über die Versicherungspflicht wurden erweitert.

Es ist verständlich, daß eine nur oberflächliche Beurteilung zu dem Ergebnis kommen muß, daß die Vielzahl der Versicherungsträger doch eigentlich ein Luxus sei. Man mag auch bezweifeln, ob dieser äußere organisatorische Aufbau gewollt wäre, wenn man heute erst daran ginge, eine Sozialversicherung zu schaffen. Die Gliederung in die einzelnen Versicherungszweige erklärt sich in erster Linie historisch, aber auch gewichtige innere Gründe sprechen für eine getrennte Behandlung. Nicht Zusammenlegung, sondern Gliederung nach beruflichen Gesichtspunkten muß der künftige Weg der Sozialversicherung sein. Diese ist aus beruflich aufgebauten Versicherungseinrichtungen entstanden, war ursprünglich eine Beruferversicherung und wollte es auch sein. Diese, aus freier Entwicklung hervorgegangenen Grundlagen waren bei Schaffung des Krankenversicherungsgesetzes von 1883 maßgebend. Erst in der Reichsversicherungsordnung von 1911 ist der berufliche Ausbau verlassen worden. Sprechen so psychologische, hygienische und staatspolitische Gründe weitgehend für die berufliche Gliederung, so fragt es sich andererseits doch, ob nicht in der Unfallversicherung Zusammenlegungen einzelner Berufsgenossenschaften, vor allen Dingen die Beteiligung mancher Sektoren, zweckmäßig sind. Auch in der Invalidenversicherung läßt sich durch Zusammenlegung von dazu geeigneten Landesversicherungsanstalten noch einiges tun.

Die Verwaltungskosten der deutschen Sozialversicherung sind in den einzelnen Versicherungszweigen verschieden hoch. In der Krankenversicherung belaufen sie sich auf rund 6 v. H., in der Unfallversicherung auf 12,8 v. H., in der Invalidenversicherung auf 3,5 v. H., in der Angestelltenversicherung auf 2,7 v. H., und in der Knappschaftsversicherung auf rund 4 v. H. der Gesamteinnahmen. Es ergibt sich also ein durchschnittlicher Verwaltungskostenfaktor von rund 7 v. H. Sicherlich wird man hier sorgfältig prüfen müssen und stets darauf bedacht sein, die Verwaltungskosten auf ein Minimum herabzusetzen. So läßt sich z. B. nicht leugnen, daß von den Versicherten, wenn die Entscheidung nicht günstig ausfällt, oder wenn sie hoffen, durch die höhere Instanz trotz einer sich aus den Tatsachen bereits klar ergebenden Ausfallslosigkeit, vielleicht doch noch eine höhere Rente erreichen zu können, oft ohne nähere Begründung von dem letzten Rechtsmittel, der Anrufung des Reichsversicherungsamtes, in zunehmendem Umfang Gebrauch gemacht wird. Man mag die Kostenlosigkeit des Verfahrens als einen Vorteil für die Versicherten betrachten, wird aber auf der anderen Seite mit einer gewissen Berechtigung die Forderung erheben können, daß im Interesse der Gesamtheit der Versicherten hier Wandel geschaffen werden muß.

Zu größten Besorgnissen muß die geldliche Lage der Invalidenversicherung Anlaß geben. Die in den Jahren 1924, 1925 und 1927 vorgenommenen Beitragserhöhungen haben keinen dauernden Gleichgewichtszustand schaffen können. Für 1930 ist nur noch ein Ueberfluß von rund 50 Millionen Mark der Rücklage zugeführt worden (1929 noch 300 Millionen Mark). Für das Jahr 1931 muß man auf Grund der Entwicklung in den ersten sechs Monaten damit rechnen, daß gegenüber dem ursprünglich angenommenen Fehlbetrag von rund 60 Millionen Mark ein solcher von über 200 Millionen Mark zu erwarten ist.

Die Stilllegung der Benzeslausgrube.

— Berlin, 5. November.

Der Handelsausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich mit Anträgen auf Wiederinbetriebnahme der Benzeslausgrube im Kreise Neuhode. Minister Dr. Schreiber teilte mit, daß der Reichswirtschaftsminister seinen Standpunkt aufrechterhalte, so daß es also bei der Stilllegung verbleiben müsse. Der Ausschuß nahm einen Antrag an, wonach das Staatsministerium die notwendigen Mittel für die Wiederinbetriebnahme der Grube für den Fall zur Verfügung stellen soll, daß sich das Reich an der Aufbringung der Mittel beteiligt.

Sonderföhung des Landtags.

Der deuffchnationale Miftrauensantrag gegen den Landwirtschafsmi nifter mit 228 gegen 179 Stimmen abgelehnt.
— Berlin, 5. November.

Der Preuffifche Landtag hielt eine Sonderföhung ab, um vor allem den während des letzten Beratungsabfchnittes eingebrachten deuffchnationalen Miftrauensantrag gegen Landwirtschafsmi nifter Dr. Steiger zu erledigen. Die Abfimmung ergab die Ablehnung dieses Antrages mit 228 gegen 179 Stimmen. Für den Miftrauensantrag ftimmten außer den Antragftellern die Nationalfocialiften, die Deuffche Volkspartei, die Wirtschafspartei, das Landvolk, die Deuffch-Hannoveraner und die Kommuni ften.

In Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung befchloß der Landtag ferner, über die Schließung der Berliner Chirurgifchen Univerfitätsklinik in der Fiegelstraße vorläufig nicht zu entscheiden, bis Geheimrat Bier die Möglickeit gehabt habe, feine Anficht zu diefer Maßregel an den zuffändigen Stellen zu entwickeln.

Genehmigt wurden Anträge des Unterrichtsauffchuffes, die fich gegen fpielerifche Schulfreien und gegen bedenkliche Aufklärungsfilme wenden. Dann trat man in die Ausfprache über den Bericht des Untersuchungsauffchuffes betreffend die Perfonalpolitik im Statiftifchen Landesamt ein. Im Verlauf der Debatte wurde ein deuffchnationaler Antrag, den Innenmi nifter und den Finanzmi nifter herbeizurufen, abgelehnt.

Die Fefteftellungen des Auffchuffes wurden mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Teil des Auffchuffantrages, wonach Regierungsdirektorenftellen für das Landesamt im nächften Haushalt nicht mehr vorzusehen werden follten, ging an den Hauptaufschuß. Danach verlagte fich das Haus auf den 24. November.

Hoover in der Minderheit.

Veränderung des Kräfteverhältniffes im Repräsentantenhaus durch Nachwahlen.

— Washington, 5. November.

In den Vereinigten Staaten wurden in fünf Bezirken Ergänzungswahlen für das Repräsentantenhaus vorgenommen. Dabei haben die Demokraten, die im amerikani fchen Parlament die Opposition bilden, drei von den freigewordenen Sitzen erlangt. Ingefamt gehören jetzt von den Mitgliedern des Repräsentantenhauses 217 den Demokraten und 215 den Republikanern an. Bekanntlich ist auch Prä fident Hoover Republikaner. Da die Demokraten fomit die Mehrheit erlangt haben, haben fie den Parlamentsprä fidenten und die Vorftändigen der Auffchüffe zu ftellen. Es ist das erftemal feit dreizehn Jahren, daß diefe Ämter wieder von Demokraten befezt werden. Bemerkenswert ist ferner, daß felbst der herkömmlich republikanifche Wahlkreis Michigan den Republikanern verloren gegangen ist. — Im Senat hat Prä fident Hoover noch eine Mehrheit von einer Stimme.

Wie noch gemeldet wird, find übrigens alle fünf neu in das Repräsentantenhaus gewählten Männer ausgefprochene Gegner des Alkoholverbotes.

Konflikt Japans mit Rußland?

Japan ftoßt gegen Norden vor. — „Die Verträge mit Füßen getreten.“

— Genf, 5. November.

Aus der Mandchurei kommen erneut Alarmnachrichten. Danach haben chinefifche Truppen, die von Japan verdächtigt werden, mit ruffifcher Unterftützung zu operieren, 50 Kilometer fñdlich des Knotenpunktes Angantfchi eine Brücke des Nonniffusses durch Artilleriefire zerftört. In fechs Eifenbahnzügen landte der japanifche Oberbefehlshaber darauf Truppen nach Norden, „um diefe wichtige Eifenbahnlinie für den Fall von Verwicklungen mit Rußland wieder benutzbar zu machen“. In politifchen Kreifen gilt diefes Ereignis als das wichtigfte feit des japanifchen Einmarsches in die Mandchurei.

Im Völkerverbundsfekretariat ist eine neue Note Chinas eingegangen, mit der China feftftellt, daß Japan ftatt die Räumung vorzubereiten, die Befizergreifung noch ausgedehnt hat. China vertraue darauf, daß der Völkerverbund und die Vereinigten Staaten nicht dulden würden, daß Verträge mit Füßen getreten werden.

Briand mahnt Japan.

— Paris, 5. November.

In feiner Eigenschaft als Ratsprä fident hat Briand an den japanifchen Ratsvertreter Yoshizawa in einem Schreiben darauf hingewiesen, daß die Ratsentfchließung vom 26. Oktober „ihre moralifche Kraft behalte“ und die Verpflichtung zur Ausführung — also die Räumung der Mandchurei, — in fich trage. Briand gibt dann noch der Erwartung Ausdruck, daß Japan in möglichft kurzer Frist feine Truppen zurückzieht.

Dankfeiertag in Amerika.

Eine Volkfchaft Hoovers.

In einer Volkfchaft des amerikani fchen Prä fidenten hat fich diefer dafür eingelegt, daß der alljährliche Dankfeiertag, der in diefem Jahr am 28. November ftatfindet, befonders feierlich ausgeftaltet werde. In der Volkfchaft heißt es: Unser Volk hat allen Grund, dem Allmächtigen für feine gütige Führung zu danken. Wenn es vorübergehend von einem gewissen Maß von Mißgefchick betroffen wurde, fo follte das dazu beitragen, das geiftige Leben des Volkes zu vertiefen, fein Mitgefñhl für die Nächften neu zu beleben und zur Stärkung feines Mutes beizutragen.

Total- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Evangel.-kirchliche Arbeitsgemeinschaft.

Mit einem Vortrag Prof. D. Dr. Stählin über die Frage „Ende der Perfonlichkeitskultur?“ beginnt am Freitag, den 6. November d. J. 20.15 Uhr im großen Saale des Altftädter Gemeindehauses, Grünstraße, die neue Vortragreihe „Der weltanfchauliche Wandel der Gegenwart“. Die ganze Reihe ftellt den Versuch dar, allen, die

in der gegenwärtigen deuffchen und Welt-Krise mehr als ein wirtschafspolitifches Problem fehen, eine Hilfe zu geben für ihre eigene Auseinanderfetzung mit dem Gefchehen der Gegenwart und vielleicht auch für ihre Aufgabe, andere in diefer Krise zu führen. In ganzen wird es fich wefentlich um die Frage handeln, ob und wie ein neues Verftändnis der Gefamtheit den Individualismus ablöfen will. Deshalb ist der erfte Vortrag über die Frage „Ende der Perfonlichkeitskultur?“ eine außerordentlich wichtige Einleitung der Arbeit des Winters, in der die weltanfchauliche Entwicklung bis zur Gegenwart und die heutige geiftesgefchichtliche Lage gefchildert, ficher aber auch erfte Zukunftshinweise verfucht werden follten. Stählin als einer der Führer der deuffchen Jugendbewegung dürfte aus befonders lebendiger Fñhlung mit feiner Aufgabe fprechen.

Hinweis.

Allmächtig hat es fich doch herumgefprochen — daß Ata ein ganz patentierter Burfche ist, mit dem unfere Hausfrauen beim Putzen und Scheuern auch etwas anfangen können. Beim Reinigen der Beftecke, des Aluminiums, der Badewanne und der Fliesen hat es fich einfach unentbehrlich gemacht. Man kann es fich übrigens unbedenklich leisten, denn die zwei Groschen, die es kostet, bedeuten nicht die Welt. Es gibt übrigens noch ein großes Ata für den Herd, Ofen und ftarke Verfchmutzungen. Einstimmiges Urteil erfahrener Hausfrauen: fabelhaft!

Bethel.

— Chriftlicher Verein junger Männer.

Heute, Donnerstag, 8 Uhr Jungvolk. „Mit dem Zepelin um die Welt.“

Freitag 8¼ Uhr. Mitgliederverfamml ung in Gofen. Aufnahmen und Lichtbildvortrag: „Pompeji, die Stadt unter der Afche.“

— Im Dankort ist ein Schirm ftehengeblieben.

Anzeigen aus Bethel.

— Junger Schäferhund, echte Raffe, billig zu verkaufen. Näheres Anftaltspost.

Von Freitag, dem 6. November, ab wird der Bethelweg, welcher bisher Montags und Donnerstags durch unter Auto bedient wurde, Dienftags und Freitags mit dem Friedhofsweg gemeinfam bedient.

Wir bitten unsere verehrte Kundfchaft, welche am Bethelweg wohnt, hiervon Vormerkung zu nehmen.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anftalt Bethel.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafs- und Welpolitik: Dr. F. Suttel. Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zufchriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Gefendungen Postfchekkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Chriftliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anftalt Bethel.

Totenfonntag

Ein vierfeitiges Flugblatt zum Troft und Nachdenken für den Totenfonntag, eine Handreichung für alle die, die an diefem Tage an schwere und ernfte Stunden erinnert werden.

Das Blatt ist gefchmñckt mit Bildern von Rudolf Schäfer, Bruno Zwiener und anderen und ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anftalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld
Postfach: Hannover 7382

Das Stück kostet 2 Pfg. Von 100 St. an Ermäßigung.
Probenummer kostenlos.

Schönstes Aussteuer-Weihnachtspaket

für den beifpiellof niedrigen Sonderpreis von nur 20.-
in Gefchenkpäckung und portofreier Lief erung

7,20 m Blumendamast, sehr gute Qualität
6 Stück sehr gute, gebülmte Frottee-Handtücher.
5 m prima weißes Wäfetuch
6 Stück sehr schöne, weiße Mohls-Taschentücher
2 Stück Stickerl - Damenhemden und dazu noch 1 schöner elfenbeinfarbiger Schal aus Wafchunftsede
oder 1 schöne, edelfarbige Tischdecke

Bei Nichtgefallen Umtausch gestattet oder Geld zurück. — Verlangen Sie heute noch unsere ausführliche neueste Preisliste, an Hand der Sie jede andere Zusammenftell. selbst vornehmen können

TEXTIL-MANUFAKTUR HAAGEN
Wilhelm Schöpplin, Elg. Webwarenfabr.
HAAGEN 37 A (BADEN)

Eine echt japanifche Tee-Tasse und 20 Briefmarken aller Länder erhalten Sie gratis bei Bestellung eines Päckchens enthaltend:

½ Pfund prima Kaffee O. D. 66
¼ Pfund la Tee, erste ostfr. Mifchung O. D. 33
1 Pfund geröstete Erdnüsse zum Spielen für die Kinder.
Alles nur für RM 3.95 franko.

Otto Drost, Emden (Ostfr.), Postfach 198. Versand seit 1908

Der weltanfchauliche Wandel der Gegenwart

1. Vortrag

„Ende der Perfonlichkeitskultur?“

Professur D. Dr. Stählin-Münfter.

am Freitag, den 6. November 1931 abends 8¼ Uhr im Altftädter Gemeindehaus, Grünstraße.

Karten zu RM 1.— in der Pfefferfchen Buchhandlung und an der Kasse. Für Winderbemittelte Ermäßigung.

Evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft.

Heidschnuckenlammfleisch

Postpaket ½ Braten, ½ Kohlfleisch 8,50 Mk. einschl. Porto und Verpackung gibt ab die

Arbeiter-Kolonie, Freistadt, Kr. Sulingen (Prov. Hannover)



Machen Sie einmal diese Probe-

— verreiben Sie etwas Ata zwischen den Fingern. Weich und angenehm fühlt sich das Pulver an. Das kann weder schrammen, kratzen, noch die Haut angreifen. Ja, in Ata haben wir ein Putz- und Scheuermittel von beifpiellofer Wirkung, ein Wunder an fchäumender, reinigender Kraft. Mit Ata zaubern Sie im Nu Hygiene u. appetitliche Frische. Für Pfennige fchenkt Ata Ihrem Heim fpiegelnden Glanz u. ftahlende Sauberkeit. Für wenige Pfennige den flinksten Helfer im häuslichen Reich. Wer kann Ihnen für fo wenig Geld Gleiches bieten?

Der neue praktische Streusieb-Verschluf.

ATA

Henkel's Putz- und Scheu erpulver putzt und fcheuert alles.

Hergestellt in den Persil-Werken.

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkels



A 67/31 c